

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES SAARLAND

BAHN-FERNVERKEHR: SAARLAND ZIEHT EINE ROTE LINIE

Beim Thema Schienenfernverkehr geht das Saarland auf die Barrikaden. „Wir lassen es nicht zu, dass wir von den weiträumigen Netzen abgehängt werden“, erklärt Verkehrsministerin Anke Rehlinger an die Adresse von Bahn AG und Bundesregierung. Um den Widerstand zu organisieren, hat sie inzwischen Rückendeckung von einem breiten regionalen Bündnis: Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Politik und Kommunen, Wissenschaft und Tourismus unterschrieben gemeinsam eine Resolution unter dem Titel „Saarland im Schienenfernverkehr zukunftsfest machen“. Damit zieht das Saarland eine rote Linie; denn jüngste Äußerungen der Deutschen Bahn ließen erkennen, dass das Unternehmen ab 2016 wichtige Fernverbindungen streichen will: „Dies würde die überregionale Anbindung des Saarlandes im Schienenverkehr weiter schwächen und ist unter strukturellen Gesichtspunkten keinesfalls zu akzeptieren“, heißt es in dem Positionspapier.

Die Unterzeichner der Resolution erinnern ausdrücklich an den „Auftrag des Grundgesetzes, im gesamten Bundesgebiet gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen“. Auch bei der Gestaltung des Schienenfernverkehrs müsse die Bundesregierung dieser Verfassungsnorm gerecht werden: „Es kann nicht hingegenommen werden, dass eine wesentliche Pflicht der Daseinsvorsorge willentlich verletzt wird. Dies ist der Fall, wenn Bahnver-

bindungen, die weniger aufkommensstark sind, von der DB AG zum Schaden einzelner Regionen aufgegeben werden.“

Ob es die Berliner juckt, wenn Saarbrücken aufmuckt? Ein Punkt der saarländischen Resolution könnte für den Bund auf jeden Fall unangenehm werden. Wenn es ein Gesetz gäbe, das den Bund



dazu zwingt, seine Pflichten für den Fernverkehr ernster nehmen, dann würde ihn das auch Geld kosten. Ministerin Rehlinger jedenfalls sieht in einem „Fernverkehrssicherungsgesetz“ einen Ausweg aus der schwierigen Situation. „Wir haben das auf Länderebene schon diskutiert, das Saarland steht nicht allein.“ Das Ganze läuft darauf hinaus, dass unwirtschaftliche Fernverbindungen erhalten werden können, wenn sie wichtig sind - aber nicht mit Haushaltsmitteln der Länder, sondern des Bundes, der ja zuständig ist.

SPD ZIEHT AN EINEM STRANG AUF ALLEN EBENEN



Maas gut vernetzt in Berlin: Heiko Maas beim vorwärts-Sommerfest in Berlin im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann und dem ehemaligen Ministerpräsidenten des Saarlandes, Reinhard Klimmt.

Nicht nur die die Landesebene nimmt sich des Problems an: Die drei saarländischen SPD-Bundestagsabgeordneten, Heide Henn, Christian Petry und Elke Ferner haben sich ebenfalls für die Fernverkehrsverbindungen ausgesprochen. Neben Anke Rehlinger, die die Interessen als Verkehrsministerin federführend und mit heißem Draht gegenüber der Bahn vertritt, setzen sich die drei Bundestagsabgeordneten auf Bundesebene für das Saarland ein. Auch SPD-Landeschef Heiko Maas hat, in einem bereits in der letzten Woche stattgefundenen Telefonat, mit Bahn-Vorstandschef Rüdiger Grube nachdrücklich auf die Wichtigkeit dieser Fernverbindungen hingewiesen. Dabei hatte Maas ange mahnt, dass die Bahn das Saarland nicht vom Fernverkehr abhängen darf und von Grube ernsthafte Gespräche über Lösungsmöglichkeiten zwischen Bahn und Landesregierung eingefordert.

SO SEH ICH'S

Der Monatsrückblick
von Petra Berg

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit einigen Wochen hat der parlamentarische Betrieb wieder seine Arbeit aufgenommen. Auch die Orts- und Gemeinderäte sind aus ihrer Sommerpause zurückgekehrt und nehmen nach der erfolgreichen Kommunalwahl ihre Arbeit richtig auf. Die Kommunen beschäftigen zur Zeit auch die Landesebene. Die SPD Saar hat auf ihrer Saarlandklausur im April diesen Jahres bereits eine intensive Debatte zur finanziellen Lage der Kommunen. Damals fassten wir den Grundsatzbeschluss, dass das strikte Konnexitätsprinzip in der saarländischen Verfassung verankert werden soll.

Wir erinnern uns, wie strikt die Umsetzung dieses Beschlusses von der CDU torpediert wurde. Daher verwundert es jetzt doch sehr, wie schnell die Kehrtwende der CDU vollzogen wurde. Aber das von der CDU jetzt wie Phönix aus der Asche den Medien präsentierte Papier, ist handwerklich völlig unausgereift und nicht geeignet, die wirklichen Probleme der Kommunen zu lösen. Sicher ist, dass die Kommunen Hilfe benötigen und geeignete Handlungsstrategien entwickelt werden müssen. Auf der Grundlage der Diskussionen und Beschlüsse der Saarlandklausur, wird Heiko Maas dem Landesvorstand die Einsetzung der Zukunftskommission „Kommunen“ vorschlagen, deren Aufgabe es sein wird, diese Handlungsstrategien zu entwickeln und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD Saar stand und steht an der Seite Ihrer Kommunen. Die SPD Saar wird auch immer wieder die Arbeit des Innenministeriums einfordern, um den Kommunen auch auf dieser Ebene die notwendigen Initiativen zu sichern, die bis heute noch nicht im Ansatz erkennbar sind.

Wie ihr seht, wird es in der zweiten Jahreshälfte nicht langweilig werden. Ich freue mich, wenn ihr euch an den Debatten rege beteiligt. In unserer SPD brauchen wir rege Diskussion und die Meinungsvielfalt unserer Mitglieder, damit wir zu guten und gerechten Ergebnissen gelangen.

Mit solidarischen Grüßen

Petra Berg



„KEINE HALBEN SACHEN“ – UNSERE DIALOGVERANSTALTUNGEN ZU 2,5 JAHRE SPD-REGIERUNGSBETEILIGUNG

Im Mai 2012 war es soweit: Nach über 12 Jahren Opposition führte unser Landesvorsitzender Heiko Maas die SPD Saar wieder in die Regierung. Nach intensiven Koalitionsverhandlungen konnten viele sozialdemokratische Themen verankert werden. So fanden zum Beispiel der saarländische Mindestlohn, ein Langzeitarbeitslosenprogramm, die Inklusion und andere Projekte ihren Platz in der saarländischen Landespolitik.

Mit Anke Rehlinger, Ulrich Commerçon und Reinhold Jost haben wir ein starkes Team, welches die Interessen der Saarländerinnen und Saarländer vertritt.

Wir machen keine halben Sachen und sehen die

Hälfte der Regierungszeit im November als neuen Ansporn für die kommenden 2,5 Jahre. Während die Vorgängerregierung aus CDU, Grünen und FDP nach knapp zwei Jahren das Handtuch warf, können die Saarländerinnen und Saarländer auf uns bauen. Wir wollen unser Land zukunftsfest machen und weiterhin für ein starkes, eigenständiges Land arbeiten.

Anlässlich der Regierungshalbzeit reisen unsere Ministerin und Minister quer durchs Land, um mit Genossinnen und Genossen, Bürgerinnen und Bürgern, Vereinsvertretern, Gewerkschaften und Unternehmen über die kommenden Jahre zu diskutieren.



BESSERE VEREINBARKEIT VON FAMILIE, PFLEGE UND BERUF WIRD VON SPD UMGESETZT

Die saarländische SPD-Generalsekretärin, Petra Berg, begrüßt das Vorhaben von Familienministerin Manuela Schwesig.

Berg: „Das Gesetz wird neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch den Bereich der Pflege mehr in den Mittelpunkt rücken. Immer mehr Menschen pflegen ihre Angehörigen zu Hause in ihrem gewohnten Umfeld und oft führt dies zu Spannungen und Problemen mit dem Arbeitgeber. Wir begrüßen es, dass die vorhandenen Instrumente verbessert und vereint in einem neuen Gesetz konzentriert werden sollen.“

Das geplante Gesetz sieht unter anderem eine zehntägige Pflegezeit und Lohnersatzleistungen vor. Die



Foto: Eric Ward / Wikimedia

Lohnersatzleistung wurde von der SPD fest in den Koalitionsvertrag verhandelt und soll über die Pflegeversicherung gezahlt werden. Zudem soll der Angehörigenbegriff ausgeweitet und auf moderne Familiensituationen angepasst werden. So kann auch Sonderurlaub beantragt werden, wer Stiefeltern, Schwägerin oder Schwager oder einen Partner einer gleichgeschlechtlichen Beziehung pflegen muss.

„Eine würdige Pflege zu Hause ist für viele Menschen wichtig. Oft kann diese nur durch Angehörige gewährleistet werden. Die SPD hat mit dem Gesetz einen guten Vorschlag auch an die Arbeitgeber gemacht. Es ist ein zeitgemäßes Gesetz, was den Anforderungen arbeitender Familien gerecht wird. An diesem Gesetzesvorschlag sieht man eindeutig die sozialdemokratische Handschrift in der Großen Koalition.“, würdigt die Generalsekretärin Berg das Vorhaben von Familienministerin Schwesig.



Anke Rehlinger



Ulrich Commerçon



Reinhold Jost

FOLGENDE TERMINE SIND IN Eurer NÄHE VORGESEHEN:

Mittwoch, 05.11.2014 Kreisverband Merzig-Wadern mit Bildungsminister Ulrich Commerçon

Montag, 10.11.2014 Kreisverband Neunkirchen mit Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger

Donnerstag, 13.11.2014 Kreisverband St. Wendel mit Umweltminister Reinhold Jost

Dienstag, 18.11.2014 Kreisverband Saarlouis mit Bildungsminister Ulrich Commerçon

Montag, 24.11.2014 Kreisverbände Saarbrücken Stadt und Land mit Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger

Mittwoch, 26.11.2014 Kreisverband Saarpfalz mit Umweltminister Reinhold Jost

Wir würden uns freuen, wenn ihr die Gelegenheit der Diskussion wahrnehmt und viele Freunde und Bekannte von dieser Möglichkeit des Dialogs erzählt und sie einfach an dem Abend mitbringt.

TERMINHINWEISE:

KREISPARTEITAGE:

11.10.2014 Kreisparteitag Saarbrücken-Land

17.10.2014 Kreisparteitag St. Wendel

15.11.2014 Kreisparteitag Saarlouis

JUSO LANDESKONFERENZ:

Die ordentliche Landeskongress der JUSOS Saar findet am **Samstag, dem 11. Oktober ab 10:00 Uhr** und **Sonntag, dem 12. Oktober ab 10:00 Uhr** in der Dorfhalle in Limbach statt.

ASG: GROSSER ZUSPRUCH BEI PODIUMSDISKUSSION

Anfang September lud die „Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen“ zu einer interessanten Podiumsdiskussion mit dem Titel: „Krise im solidarischen Gesundheitssystem: Geld oder Leben?“ ein. Neben hochkarätigen Referenten aus dem Gesundheitsbereich konnte die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sabina Hartnack, die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD im Landtag, Petra Berg, begrüßen.

Bei der Podiumsdiskussion, die von der stv. Landesvorsitzende der ASG, Bettina Fladung-Köhler, geleitet wurde sprach sich Dr. Thomas Spieß klar für die gesetzlichen Krankenkassen aus. „Ohne gesetzliche Krankenkassen würde es keine Gesundheitsstruktur geben“, zudem erneuerte er die Forderung nach einer Bürgerversicherung, die fair, sozial und gerecht ausgestaltet sein muss. In Deutschland erlangt das Thema immer stärkere Bedeutung. Wir werden Älter und immer mehr Menschen können und wollen in ihrer gewohnten Umgebung altern. Einige von ihnen brauchen aber bei gewissen Aufgaben im Alltag Unterstützung. Mehr wie nur zur Kenntnis zu nehmen ist auch die Arbeitsverdichtung im Bereich der Pflege. Thomas Spieß spricht von

ungefähr 25 Prozent. Zeitgleich fordert er, dass es gesetzliche Pflegestandards geben muss, die grundsätzlich nicht unterschritten werden dürfen. Die anwesende Chefarztin der Palliativmedizin Frau Maria Blatt-Bodewig sieht im Bereich



der Pflege und des Gesundheitswesens ein großes Problem auf die Gesellschaft zulaufen: „Der Berufsstand des Arztes oder der Pflege wird immer mehr deformiert.“

So galt früher der Leitsatz alles zum Wohle des Patienten zu tun und heute tendieren wir immer mehr dazu, dass wirtschaftliche Faktoren wich-

tig werden.“ In die gleiche Kerbe haut auch Spieß in dem er den Eindruck bekommt, dass „Krankenhäuser immer mehr wie Wirtschaftsbetriebe“ geführt werden. Martin Nicolay, Berater der unabhängigen Patientenberatung, fordert eine Anpassung des Leistungskataloges der Krankenkassen innerhalb der Diskussionsrunde. „Die Grundstimmung im Bereich der Pflege, aber auch im Gesundheitssystem muss verändert werden“, fordert er auf dem Podium.

Der Diskussionsabend zeigte, dass gerade die Pflege ein wichtiger Themenbereich ist. Die saarländische Sozialdemokratie ist mit ihrer Arbeitsgemeinschaft ASG in diesem Bereich fachlich sehr gut aufgestellt. Die SPD hat das Konzept der Bürgerversicherung mit entwickelt und längst noch nicht abgeschlossen. Das Solidarprinzip innerhalb dieser Bürgerversicherung ist ein Grundwert für die SPD, den sie im Gesundheitswesen für elementar hält. Die (bevorstehende) Krise im Gesundheitswesen trifft alle Bürgerinnen und Bürger. Der Mensch und nicht die reine Dokumentation muss im Mittelpunkt stehen – hierzu gehört auch, dass unabhängig vom Geldbeutel jeder ein Recht auf Versorgung haben muss.

SPD SAAR SIEHT KEINE NOTWENDIGKEIT FÜR EINE WEITERE LANDESAUFNAHMESTELLE

Die saarländische SPD-Generalsekretärin, Petra Berg, sieht keine Notwendigkeit einer weiteren Aufnahmeestelle für Flüchtlinge im Saarland und fordert zur Verbesserung der Situation eine schnelle und dezentrale Unterbringung in der Fläche.

Berg: „Unserer Auffassung nach gibt es zur Zeit keine Notwendigkeit einer weiteren Aufnahmeestelle. Unser Ziel muss es eher sein, die Menschen schnell, dezentral und unkompliziert aufzuteilen, um echte Integration überhaupt möglich werden zu lassen. Es gibt beispielsweise noch Spielräume bei Flüchtlingen deren Identität seit vielen Jahren nicht eindeutig geklärt ist. Hier könnte man eine andere Lösung als den weiteren Verbleib in der Landesaufnahmeestelle Lebach umsetzen. Des Weiteren ist es natürlich dringend notwendig, dass Land und Kommunen Hand in Hand arbeiten. Die Zusammenarbeit muss im Sinne der Flüchtlinge, die oft unglaubliches Leid erfahren haben, so reibungslos wie möglich verlaufen.“



NEUES AUS BERLIN

HEIKO MAAS LEGT GESETZESÄNDERUNG IM SEXUALSTRAFRECHT VOR

Der saarländische Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz und Landesvorsitzende der SPD hat einen Gesetzesentwurf im Sexualstrafrecht vorgelegt, in dem die Verjährung einer Straftat erst ab dem 30. Lebensjahr beginnt und somit mindestens bis zum 50. Lebensjahr nicht verjährt. Gerade traumatisierte Opfer brauchen oft viele Jahre um über das Geschehene zu sprechen oder den Entschluss zu fassen doch rechtlich gegen den Täter vorzugehen.

Die saarländische SPD-Generalsekretärin, Petra Berg, begrüßt die Gesetzesinitiative von Maas:

Der Gesetzesentwurf schließt zudem eine immens wichtige Lücke was in der Rechtsprechung unter ‚Vertretungslehrer-Fälle‘

bekannt war. In Zukunft ist es egal ob es der Täter Vertretungslehrer ist oder nicht. Jeder,

der in einer Einrichtung Jugendliche betreut, erzieht oder ausbildet, kann wegen Missbrauchs von Schutzbefohlenen strafrechtlich belangt werden. Auch die Ausweitung wer Schutzbefohlener ist und wer nicht, ist aufgrund der heute veränderten Lebensverhältnisse eine Notwendigkeit. Zudem begrüßen wir, dass Heiko Maas nicht nur die strafrechtliche Seite betrachtet, sondern auch auf die Prävention im Auge hat. Das Bundesministerium wird dem Verein ‚Nie-Täter-Werden‘ 40% mehr Geld zur

Verfügung zu stellen und so die wichtige Präventionsarbeit für Menschen mit pädophilen Neigungen unterstützen.“



Sönke Reyels verstorben

Viel zu jung, im Alter von 42 Jahren, ist Anfang August das langjährige SPD-Mitglied Sönke Reyels an den Folgen eines Unfalls verstorben. Nahezu 25 Jahre war er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und engagierte sich in den neunziger Jahren während seines Studiums an der Universität des Saarlandes und danach viele Jahre in der SPD St. Johann und der SPD Saarbrücken.



Sönke war maßgeblich an der Einrichtung des Juso-Ladens im Nauwieser Viertel beteiligt. Er war ein kreativer Kopf, der auch andere Genossinnen und Genossen für seine Ideen begeistern konnte. Auch nach seinem Umzug nach Berlin zu Beginn der 2000er Jahre hat er den Kontakt in seine frühere politische Heimat nicht abreißen lassen.

Unser Mitgefühl über den plötzlichen Verlust gilt seiner Mutter und seiner Schwester. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken wahren. (j.r.)

SAARLAND

SPD

SOLIDARISCH
UND STARK.

IMPRESSUM

Vorwärts Saarland
Herausgeber:
SPD-Landesverband Saar,
Talstr. 58, 66119 Saarbrücken
Tel. 0681-95448-0
www.spd-saar.de

V.i.S.d.P.: Volker Weber
Textvorschläge bitte bis
15. des Monats an:
pressestelle@spd-saar.de
Redaktionsschluss dieser
Ausgabe:
Donnerstag, 18. September

Service:

Info-Hotline SPD-Landesverband:
Telefon 0681/95448-0 | e-mail: landesverband@spd-saar.de

Hotline Pressestelle / Internet:
Telefon 0681/95448-26 | e-mail: pressestelle@spd-saar.de

Hotline Mitgliederverwaltung / Beiträge:
Claudia Stein, Telefon 0681/95448-54 | e-mail: saarmavis@spd-saar.de

Hotline Internet / typo3: One4Vision, Tel. 0681/ 9672760

Info-Hotline Bereich West (SLS/MZG):
Telefon 06831/60330 | e-mail: rgs-west@spd-saar.de

Info-Hotline Bereich Ost (NK / WND / SP):
Telefon 06821/23414 | e-mail: rgs-ost@spd-saar.de

Webseiten:
www.spd-saar.de | www.heiko-maas.de |
Mitgliedernetz: www.intra.spd-saar.de | facebook: www.facebook.de/spdsaar

